

Weiterer Akt im Drama um die 10. AHV-Revision

SGB setzt beim Rentenalter auf das Referendum

Klarer Entscheid trotz dem Ausstieg der Sozialdemokraten

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) haben sich in Bern mit 71 gegen 16 Stimmen für das Referendum gegen die mit der Erhöhung des Frauenrentenalters verbundene 10. AHV-Revision entschieden. Der Beschluss erreichte die notwendige Zweidrittelmehrheit. Falls das Volk das Paket der 10. AHV-Revision verwirft, will der SGB mit einer Auffanginitiative «Gegen einen Scherbenhaufen bei der AHV» erreichen, dass die Errungenschaften der Revision ohne das höhere Rentenalter in Kraft gesetzt werden.

SP-Ausstieg ohne Wirkung

Sx. Nachdem der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) am Samstag den Antrag der Geschäftsleitung für ein Referendum gegen die 10. AHV-Revision abgelehnt hatte, schien plötzlich wieder ungewiss, ob die Delegierten des Gewerkschaftsbundes ihrer Führung folgen und den Kampf gegen das höhere Frauenrentenalter mit dem Referendum aufnehmen.

Der Entscheid der 99 Delegierten fiel mit 71 zu 16 Stimmen nach rund zweieinhalbstündiger Beratung deutlich aus. *Christiane Brunner* hatte als designierte Co-Präsidentin des SGB vor den Gewerkschaftsdelegierten leichteres Spiel als beim SP-Vorstand. Die Gewerkschaftsmitglieder würden es nicht verstehen, wenn der Gewerkschaftsbund diese Schlechterstellung der Frauen einfach hinnehmen würde. *Vasco Pedrina*, GBI-Präsident und Brunners männliches Alter ego beim SGB, blies zum Kampf unter der Devise «Leadership statt Zickzack-Politik». Das Referendum komme ohnehin, meinte Pedrina mit Blick auf den Beschluss des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG). Da sei es besser, die Führung zu übernehmen, um auch Steuern zu können.

Mahnende Stimmen

Obwohl der abtretende SGB-Präsident *Walter Renschler* den Delegierten am Ende zu einem «mutigen, aber zweifellos richtigen Entscheid» gratulierte, waren am Montag an der Berner Weltpoststrasse auch mahnende Stimmen zu hören. Eine Vertreterin der Gewerkschaft Druck und Papier ist sich nicht so sicher, dass nach einer allfälligen Annahme des Referendums die Gewerkschafter für die Erziehungsgutschriften und das Splitting auf die Strasse gehen werden. Einem Vertreter des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes (SEV) wäre der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach. Auch ein Vertreter des SMUV riet vom Referendum ab und empfahl den Weg der Initiative.

Die Delegierten des SGB stimmten ohne Gegenstimme einem Antrag der SMUV-Präsidentin *Christiane Brunner* zu, mit einer Auffanginitiative die neuen sozialen Errungenschaften der 10. AHV-Revision für die Frauen (vor allem das Splitting, die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften) zu retten. Zuständig für die Lancierung der Initiative «Gegen einen Scherbenhaufen bei der AHV» ist der SGB-Kongress, der vom 3. bis zum 5. November in Montreux stattfindet. Mit dieser Doppelstrategie will der Gewerkschaftsbund glaubwürdig gegen ein höheres Frauenrentenalter antreten.

Nur die halbe Linke für das Referendum

Nach den Beschlüssen der SP und des SGB wird letzterer die Leitung des nationalen Koordinationskomitees zum AHV-Referendum überneh-

men müssen, das bisher von SP-Parteisekretär *Daguet* angeführt worden ist. Dem Komitee gehört von den Parteien nach dem Ausstieg der SP nur noch die PdA an, deren Zentralkomitee die Unterstützung des Referendums am Montag bekräftigte. Der Vorstand der Grünen Partei hat sich am Samstag gegen ein Referendum entschieden und setzt seinerseits auf eine Initiative.

Mit der *Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA)*, die eine eigene Volksinitiative für das flexible Rentenalter 62 lanciert, fehlt auch die zweitgrösste Arbeitnehmerorganisation im Referendumskomitee. Wer sich neben

Einig über das Ziel, zerstritten über den Weg

(sda) Alle Parteien und Gewerkschaften, die sich bisher gegen die 10. AHV-Revision stellten, wollen die Erhöhung des Frauenrentenalters verhindern. Sie sind sich jedoch uneinig über den richtigen Weg zu diesem Ziel. Das Spektrum reicht vom Referendum bis zur Doppelinitiative.

Am 3. Oktober wurde ein nationales Koordinationskomitee zur Vorbereitung des *AHV-Referendums* gegründet. Mitglieder waren Parteien (SP, PdA), Gewerkschaften (SGB, CNG) sowie Frauen- und Rentnerorganisationen. Gegen den Willen der Geschäftsleitung beschloss der SP-Parteivorstand am Samstag, das Referendum weder zu ergreifen noch zu unterstützen. Zugleich wurde die Parteiführung beauftragt, die Erhöhung des Frauenrentenalters mit einer *Initiative* zu bekämpfen.

Denselben Weg hatte früher bereits der *Schweizerische Kaufmännische Verband (SKV)*, zusammen mit der *Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA)*, eingeschlagen. Ihre Initiative «Für eine Flexibilisierung der AHV – Gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» liegt bereits zur Vorprüfung bei der Bundeskanzlei.

Auf Initiativen setzen auch die *Grünen*: Der GPS-Vorstand hat die Lancierung einer *Doppelinitiative* beschlossen. Die erste sieht ein flexibles Rentenalter 62 für Frau und Mann vor, die zweite schlägt zur Finanzierung der Mehrkosten und zum Abbau der Lohnprozente eine Energiesteuer vor.

Klar für das Referendum hat sich am Samstag der *Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG)* ausgesprochen. Auch er erwägt jedoch die Lancierung einer Initiative zur Rettung der Errungenschaften der 10. AHV-Revision. Ein solches Volksbegehren würde allerdings nur in Zusammenarbeit mit den anderen Referendumsträgern lanciert. Der gesuchte Partner könnte der Schweizerische Gewerkschaftsbund sein, der ebenfalls auf eine Doppelstrategie setzen will. Das Referendum soll, flankiert von einer Initiative «Gegen einen Scherbenhaufen bei der AHV», ergriffen werden.

Falls das Referendum gegen die 10. AHV-Revision zustande kommt, möchte Bundesrätin Ruth Dreifuss es gleichzeitig mit der Initiative «Für den Ausbau von AHV und IV» vors Volk bringen. Mit diesem Volksbegehren verlangen SP und SGB eine Gewichtsverschiebung von der zweiten zur ersten Säule. Die eidgenössischen Räte empfahlen die Initiative in der Herbstsession zur Ablehnung.

einigen Frauen- und Rentnerorganisationen allenfalls noch aktiv für das Referendum einspannen lässt, wird sich erst noch weisen müssen. Von den SP-Kantonalsektionen hat sich bisher erst jene des Tessins – übrigens schon vor dem Beschluss des schweizerischen Parteivorstands – für das Referendum ausgesprochen.

Schon heute steht fest, dass die Gewerkschaften SGB und CNG nur mit der halben politischen Linken den Kampf gegen die 10. AHV-Revision aufnehmen können. Die SP sieht sich durch den Alleingang der beiden Gewerkschaften im Wahljahr ausgerechnet in der Sozialpolitik, ihrer zentralen Domäne, auf dünnes Eis versetzt. Der SP-Parteivorstand wird an seiner nächsten Sitzung vom 17. November entscheiden, ob er eine der drei neuen AHV-Initiativen der Grünen, der Angestelltenverbände und des SGB mittragen will.